

Der Kampf um den Müll geht weiter

ENTSORGUNG Der Vermittlungsausschuss berät heute über das neue Abfall- und Recyclinggesetz. Ein Kompromiss ist in Sicht.

VON MARIA GRUBER, MZ

REGENSBURG. Sei es die Plastikverpackung für den Käse, die leere Tomatendose oder Altpapier – jeder weiß: All dies gehört getrennt und in dafür vorgesehene Behältnisse geworfen. Einheitliche Regelungen bei der Entsorgung gibt es aber nicht. Während in vielen Kommunen etwa der gelbe Sack und eine Tonne für das Altpapier bereitsteht und abgeholt wird, müssen in manchen Gemeinden Bürger den Weg zum Recyclinghof antreten, um den Müll loszuwerden. Dieses sogenannte Bringsystem führt aber häufig dazu, dass vieles, was recycelt werden könnte, im Restmüll verschwindet.

Mit dem neuen Abfall- und Recyclinggesetz, das der Bundestag im Oktober 2011 verabschiedete, sollte sich das ändern und die Recyclingquote bei Hausmüll um ein Prozent auf 65 Prozent erhöht werden. Bei Abholssystemen würde mehr gesammelt, sagt der FDP-Umweltpolitiker und Regensburger Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer. „Diese Regelung bewirkt, dass Kommunen mit relativ schlechten Recyclingzahlen unter Druck geraten.“ Meierhofer veranschaulicht dies mit einem Beispiel aus dem Unterallgäu, wo allein der Beschluss vom Oktober dazu geführt habe, dass der Landkreis eine Papiertonne bereitstellt und mehr Altpapier gesammelt werde. Doch das Abfall- und Recyclinggesetz



Wer darf künftig Müll sammeln? Darüber wird heftig gestritten. Foto: dpa

steht auf der Kippe: Denn der Bunderrat schmetterte die Novelle im November ab. Jetzt setzt sich der Vermittlungsausschuss mit dem Thema auseinander. Streitpunkt: die im Gesetz vorgesehene Öffnung für die Privatwirtschaft. Es geht darum, wann private Anbieter bei Wertstoffsammlungen den Zuschlag bekommen. Die Kommunen wollen, dass private Sammler bei diesem Milliardengeschäft nicht zu viel Einfluss bekommen.

Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags glaubt, dass das bisherige System für den Verbraucher das günstigere sei. Würde Privaten der Zugang zur Entsorgung erleichtert, befürchtet er eine „Rosinenpickerei“, bei der sich private Sammler auf lukrative Segmente wie die Papiersammlung stürzten und den Kommunen nur noch unrentable Bereiche blieben.

„Kommunen mit reinem Bringsystem sollten sich aber schon überlegen, ob sie ein Abholssystem etablieren. Das ist effektiver“, ist auch Brandl überzeugt.

Heute setzt sich der Vermittlungsausschuss mit dem Thema auseinander. Dort wird um wenige Worte gestritten: So wollen die von SPD und Grünen regierten Länder, dass Private den Zuschlag für die Müllsammlung nur erhalten, wenn deren System nicht nur besser, sondern wesentlich, also „messbar und gewichtig“ besser ist. Meierhofers Ansicht nach müsste allein ein „besser“ reichen. Doch „Grüne und SPD wollen Besitzstände wahren“ – und das auf Kosten der Ökologie, glaubt der FDP-Politiker. Der Streit wird erbittert geführt, auch, weil die Lösung eine Vorentscheidung bringen könnte, wie der Zugriff auf die ab 2015 geplante Wertstofftonne geregelt wer-

DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT

► In der Kreislaufwirtschaft arbeiten laut einer Studie der Berliner Industrie- und Handelskammer bundesweit rund 170 000 Beschäftigte in mehr als 7700 Unternehmen. Ihr Umsatz erreichte 2011 bereits rund 56 Milliarden Euro.

► Nachdem die Kommunen Anfang der 90er-Jahre erste Pilotprojekte zur Getrenntsammlung von Leichtverpackungen gestartet hatten, kam es mit der Verpackungsverordnung von 1991 zu einer Privatisierung der Sammlung von Leichtverpackungen (Gelbe Tonne).

► Deutschland schöpft jährlich sogenannte Sekundärrohstoffe im Wert von rund neun Milliarden Euro aus Abfällen. So machen Firmen daraus neue Verpackungen und brauchen so zum Beispiel weniger Erdöl für Plastikstoffe. (dpa)

den könnte. Aber es ist ein Kompromiss in Sicht. Es werde eine sogenannte Protokollerklärung der Bundesregierung geben, in der steht, dass Private nur den Zuschlag erhalten, wenn ihr Sammelsystem „messbar und gewichtig“ besser ist, erklärt Meierhofer. Die Regierung behalte sich aber vor, innerhalb eines Jahres zu prüfen, ob das Ziel des Abfall- und Recyclinggesetzes – „die Stärkung des Wettbewerbs und eine Verbesserung der Qualität und Quantität des Recyclings“ – erreicht wird. „Ist dies nicht der Fall, werden unverzüglich die gesetzlichen Maßnahmen zur Zielerreichung eingeleitet“, heißt es. Gibt es heute keine Einigung, geht der Streit Ende des Monats im Vermittlungsausschuss weiter. Mit Sicherheit dann, wenn die Wertstofftonne auf der Agenda steht. Bis dahin bleibt alles beim Alten.